

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

EG und EFTA wahren Chance für gemeinsamen Wirtschaftsraum

Gesamthaft positive Bilanz der Verhandlungsrunde in Brüssel – Fortschritt bei Gerichtsbarkeit – Kompromisse bei Fisch- und Finanzfragen

Brüssel/Bern (AP) Die Schweizer Delegation bewertet das Ergebnis des Verhandlungsmarathons über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in Brüssel insgesamt positiv, ohne jedoch in Euphorie zu verfallen. Am Dienstag früh hatten die Aussen- und Wirtschaftsminister der EG und der EFTA mit einer gemeinsamen Schlussklärung das Scheitern der EWR-Verhandlungen verhindert. Unter anderem wurde die Schaffung eines unabhängigen Gerichtshofs beschlossen. Die Schweiz schien zeitweise auch innerhalb der EFTA völlig isoliert.

Die Schweiz befindet sich in einer besseren Lage als vor den Verhandlungen, und die Bilanz sei eher positiv, meinte jedoch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, der zusammen mit Bundesrat Rene Felber die Schweizer Delegation anführte, vor Journalisten in Brüssel. Das heisse aber nicht, dass alle Ziele erreicht worden seien. Die Ergebnisse wurden nach mehr als 14stündigen Unterredungen von EG-Ratspräsident, Luxemburgs Aussenminister Jacques Poos, und dem österreichischen Wirtschaftsminister und EF-

TA-Vorsitzenden Wolfgang Schüssel am frühen Dienstag morgen bekanntgegeben. Danach soll in dem nach EG-Recht ausgestalteten Binnenmarkt ein Sonderausschuss den EFTA-Staaten die Befugnis geben, die Entscheidungen der Gemeinschaft zu prüfen. In der Frage der Rechtsprechung im gemeinsamen Wirtschaftsraum (EWR) soll ein unabhängiges Gericht geschaffen werden, in dem fünf Richter aus der EG und drei aus der EFTA sitzen sollen. Noch vor kurzem wollte die EG den sechs Staaten der Freihandelszone lediglich eine Kammer im Europäischen Gerichtshof zugestehen.

Die Schaffung des gemeinsamen Gerichtshofs wurde von Urs Ziswiler, Presseschef des Integrationsbüros des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD), als wichtigster Fortschritt dieser Verhandlungsrunde bezeichnet. Felber hatte in Brüssel erneut betont, dass «fremde Richter» für die Schweiz nicht akzeptierbar seien. Da die EG nicht mehr

bereit war, dem EWR-Gericht auch die Kompetenz für Vorabentscheidungen, also die Auslegung der auf EG-Recht basierenden EWR-Bestimmungen, zu erteilen, müssten nun die genauen Folgen dieses Beschlusses auf institutionelle Einrichtungen abgeklärt werden, sagte Ziswiler. Erst danach könne eine genaue Wertung des Gerichtshofes vorgenommen werden. Ebenfalls als wichtigen Fortschritt bezeichnete er die der Schweiz gewährte Übergangsfrist von sieben Jahren im Bereich der Freizügigkeit des Personenverkehrs.

Allerdings blieben nach Angaben von Poos und Schüssel noch einige Fragen offen. So konnten in der hart umkämpften Fischereipolitik lediglich Formelkompromisse erzielt werden, die den Rahmen für weitere Gespräche abstecken sollen. Eine Festlegung auf Fangmengen und Fristen gelang nicht. Dasselbe gilt für die sogenannte Kohäsion, in deren Rahmen die Finanzverteilung im gemeinsamen Wirtschaftsraum geregelt werden soll. Gleichwohl bewerteten die Unterhändler den Gesamtkompromiss positiv. Poos

sprach von einem Durchbruch, Schüssel insbesondere in der für sie wichtigen Frage des «opting out».

Die Chance für einen zufriedenstellenden EWR, die letzte Woche anlässlich der Stellungnahme des Bundesrates zum weiteren Vorgehen in der Europolitik als unter 50 Prozent bezeichnet worden waren, habe sich verbessert und könne über 50 Prozent angesiedelt werden, meinte Ziswiler. Der Bundesrat halte aber an seiner mehrfach geäußerten Haltung fest, dass ein Vertrag nur unterschrieben werde, wenn er ausgewogen sei. Noch habe die Schweiz aber gewisse Vorbehalte zu machen.

Vorerst nachgeben musste die Schweiz insbesondere in der für sie wichtigen Frage des «opting out». Wie es hiess, verzichtete Bern nach langem Ringen und unter dem Eindruck, innerhalb des Lagers der EFTA-Staaten isoliert zu sein, auf seine Forderung nach einem individuellen «opting out», dem Recht also, künftige Richtlinien und Verordnungen im EWR national nicht mitvollziehen zu müssen.

N+N-Treffen in unserem Land

Die Aussenminister der sogenannten Neutralen und Nichtgebundenen Staaten (N+N) werden am Donnerstag und Freitag in unserem Land erwartet. Die N+N-Gruppe formierte sich im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), ohne dass diese Gruppierung über eine festgefügte Zusammenarbeit mit einem eigenen Sekretariat verfügt. Wie Regierungschef Hans Brunhart am Dienstag am Pressegespräch erklärte, haben sich mit Ausnahme des Aussenministers von San Marino sämtliche N+N-Aussenminister für das Treffen in Vaduz angemeldet. Der N+N-Gruppe gehören zudem die Schweiz, Österreich, Schweden, Malta, Zypern, Jugoslawien und Finnland an. Da das gastgebende N+N-Land jeweils die Vorsitzrolle innehat, wird Regierungschef Hans Brunhart an der Konferenz am Freitag morgen den Vorsitz führen.

Die N+N-Aussenminister wollen, wie Regierungschef Brunhart am Pressegespräch ausführte, die neuen Rahmenbedingungen in Europa diskutieren. Die Aufgabe für die N+N-Staaten, die im bisherigen KSZE-Prozess wertvolle Vermittlerdienste zwischen den Blöcken leisteten, hat sich mit dem praktischen Wegfall der Blockstellung verändert. Ausserdem werden sich die Aussenminister nach seinen Worten mit der Zukunft der KSZE befassen, deren Rolle mit den Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion ebenfalls eine Änderung erfahren hat.

Die N+N-Konferenz wird, begleitet von einem regen Medieninteresse aus dem Ausland, im Rathaus in Vaduz durchgeführt.

Verhandlungsmargen für heikle Liechtenstein-Bereiche sind gering

Die Position unseres Landes nach dem EG-EFTA-Ministertreffen in Brüssel – Erklärung von Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch

(G.M.) – Lösungen für jene Fragen, die das Fürstentum Liechtenstein im Zusammenhang mit der Schaffung des geplanten Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) besonders betreffen, sind zwar noch denkbar, doch sind die Verhandlungsmargen eher gering. Diese Auffassung vertrat Regierungschef Hans Brunhart am Dienstagabend beim Pressegespräch nach seiner Rückkehr vom EG-EFTA-Ministertreffen in Brüssel. Nach seiner Einschätzung sind derzeit, obwohl in Brüssel von einem «Durchbruch» gesprochen wurde, noch zahlreiche Fragen offen.

Regierungschef Hans Brunhart unterstrich in seiner Erklärung, dass die Minister in Brüssel die Absicht und ihren Willen bekräftigt hätten, ein umfassendes EWR-Abkommen noch vor dem Sommer abzuschliessen, was seit der Verlängerung dieser Frist am Ende des letzten Jahres immer in Aussicht genommen worden war. Das EWR-Abkommen soll sich nach seinen Angaben auf dem Grundsatz der Gleichheit bewegen und in der Absicht, allen betroffenen Parteien grösstmögliche gegenseitige Vorteile sicherzustellen wie auch den umfassenden und ausgewogenen Charakter ihrer Zusammenarbeit.

Spezifische Liechtenstein-Situation

Erneut betonte Regierungschef Brunhart die spezifische Situation für Liechtenstein. Problembereiche bleiben der freie Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, führte der Regierungschef aus und gab zu verstehen,

dass für diese im Mittelpunkt für Liechtenstein stehenden Bereiche noch keine Lösung in bezug auf die notwendigen Übergangsfristen gefunden werden konnte. Wörtlich führte er aus: «In diesen Bereichen sind auf der Basis der bisherigen Verhandlungsarbeiten, welche die spezifische liechtensteinische Situation berücksichtigen, noch Lösungen denkbar, obwohl die Verhandlungsmargen gering sind.» Nach seinen weiteren Erklärungen haben alle EFTA-Länder sowie auch die Europäische Gemeinschaft die Notwendigkeit betont, im EWR-Abkommen eine generelle Schutzklausel vorzusehen, die ausgelöst werden könne, wann immer ernsthafte ökonomische, gesellschaftliche oder ökologische Probleme entstehen. Sie sollen nach dieser Darstellung ergänzt werden durch unilaterale Erklärungen, die anlässlich einer diplomatischen Konferenz abzugeben wären.

Partnerschaft mit der Schweiz

Auf Fragen erklärte Regierungschef Brunhart weiter, dass die Partnerschaft mit der Schweiz eine grosse Rolle in den Verhandlungen in Brüssel gespielt habe. Für Liechtenstein habe sich eine schwierige Situation ergeben, weil die Verhandlungsdelegation nicht gewusst habe, in welche Richtung die Verhandlungen schliesslich führten. Vorerst sind nach seinen Worten noch viele Fragen offen, insbesondere auch für Liechtenstein. Unser Land befindet sich, unterstrich Regierungschef Brunhart, in einer «sehr sensiblen Situation». Zum einen seien eigene Interessen zu vertreten, zum anderen gelte es, die Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Schweiz aufrecht zu erhalten. Schliesslich könne Liechtenstein als kleines Land den geplanten EWR-Vertrag nicht scheitern lassen, weshalb sehr vorsichtig agiert werden müsse.

Die EFTA-Staaten haben nach seinen Ausführungen sehr gut zusammengearbeitet im Vorfeld der Konferenz mit der Europäischen Gemeinschaft. Doch letztlich hätten zum Schluss alle EFTA-Staaten vor allem eigene Interessen in den Vordergrund gestellt.

Gute Zusammenarbeit mit Österreich

Obwohl das Nachbarland Österreich aufgrund seines bereits in Brüssel deponierten EG-Aufnahmegesuchs eine andere Position als die Schweiz vertrete, ist die Zusammenarbeit mit der österreichischen Delegation sehr gut gewesen, betonte Regierungschef Brunhart. Die Zusammenarbeit habe sich vor allem auch durch den Umstand ergeben, dass Österreich derzeit den Vorsitz im EFTA-Ministerkomitee führe. Im Rahmen der Verhandlungen sind nach seinen Ausführungen enge Kontaktmaßnahmen mit der österreichischen Delegation erfolgt.

EG-Arbeitslosenrate im März gestiegen

Luxemburg (AP) Die Arbeitslosenrate in den EG-Staaten betrug im März 8,5 Prozent – unverändert im Vergleich zum Februar, aber 0,2 Prozentpunkte höher als im März 1990. Wie das Statistische Amt in Luxemburg am Dienstag mitteilte, stieg im Jahresverlauf die Zahl der Arbeitslosen in Irland, Italien, Frankreich, Belgien, Dänemark und Grossbritannien. Gesunken sei sie in Spanien, Deutschland und Portugal. Unverändert geblieben sei Luxemburg. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern in den EG-Staaten registrierten Personen gab das Amt für Februar 1991 mit 14,89 Million an.

UNO fordert Hilfe für Bangladesch

New York/Dhaka (AP) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am Montag alle Staaten und gemeinnützige Organisationen in einer Resolution aufgefordert, dem von Wirbelstürmen verwüsteten Bangladesch rasch zu helfen. In der Entschliessung werden ausserdem internationale Geldgeber aufgefordert, das schwer getroffene Land beim Wiederaufbau zu unterstützen.

Schweiz: Anstieg der Steuereinnahmen

Bern (AP) Dem Bund sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 6,46 Milliarden Franken an Steuern und Zolleinnahmen zugeflossen, fast eine halbe Milliarde mehr als vor Jahresfrist. Während sich die Einnahmen aus der Warenumsatzsteuer und den Zöllen in etwa auf Zielkurs bewegten, lagen die Stempelabgaben unter und die Verrechnungssteuern über den Erwartungen, wie aus der am Dienstag vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) veröffentlichten Übersicht hervorgeht.

Liechtenstein reist mit 51 Athleten nach Andorra

VOLKSBLATT-Sonderteil zu den IV. Spielen der europäischen Kleinstaaten nächste Woche



Vom kommenden Dienstag, 21., bis Sonntag, 26. Mai, finden im Pyrenäenstaat Andorra die 4. Spiele der europäischen Kleinstaaten statt. Mit 51 Athleten stellt Liechtenstein dabei voraussichtlich die kleinste Delegation der acht teilnehmenden Länder. Unser Bild zeigt das Liechtensteiner Team, samt Betreuern und Funktionären, vor dem Schloss Vaduz. Im Innern dieser VOLKSBLATT-Ausgabe finden Sie einen vielseitigen Sonderteil zu den bevorstehenden Kleinstaatenspielen in Andorra (zum Herausnehmen geeignet!).

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Cristallina Joghurt
Diverse
Sorten Fr. -45

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SICHERHEITSHALBER
IN IHRER NÄHE.

ZÜRICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Sale
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz
Telefon 075/2 43 33